

EUROPÄISCHE RUND SCHAU

Vierteljahresschrift
für Politik, Wirtschaft
und Zeitgeschichte

40. Jahrgang € 9,-

János Kornai Zentralismus in Ungarn

Gerhard Mangott Putins Rückkehr

Michael Stürmer Deutsche Führung?

Hugo Böhler Schweiz – weh'n?

Martin Vukovich Kiew–Moskau

Weitere Beiträge von Anton Böhler, Günter Bischof, Trauti Brandstaller, Barbara Coudenhove-Kalergj, Alexandra Förderl-Schmid, Jacob Heilbrunn, Matthias Krusche, Ulrich Ladurner, Hans Magenschab, Andreas Mallath-Pokorny, Thomas Nowotny, Manfred Scheuch, Walter Schilling

Zentralismus und kapitalistische Marktwirtschaft in Ungarn

János Kornai

Vor kurzem zeigte man uns in einer Provinzuniversität in Ungarn die Zulassungsquoten für das laufende akademische Jahr, die der volkswirtschaftlichen Fakultät vom zuständigen Ministerium zugesandt worden waren und auf den landesweit gültigen Zulassungspunkten beruhten: »Studenten in der Grundausbildung 750 Punkte, Studenten für das Masters-Diplom 120« und so weiter.

Wir trauten unseren Augen nicht. Genau 120 Punkte beim Masters-Diplom? Nicht 119 oder 121? Wir wandten uns an Vertreter anderer Universitäten, die ihrerseits bestätigten, daß auch sie in den Anweisungen ihrer Oberbehörden dieselben Zahlen erhalten hätten. Keiner der Universitätsbediensteten wußte, wie diese Zahlen zustande gekommen waren, aber sie vermuteten, daß man höheren Ortes landesweit einzuhaltende Quoten festgesetzt hatte, die dann an die einzelnen Fakultäten weitergeleitet wurden.

Plötzlich erinnerten wir uns an die Zeit vor fünfzig Jahren. Im Jahre 1956 hatten wir an unserer Dissertation gearbeitet, und in diesem Zusammenhang viele Gespräche mit Betriebsleitern aus der Leichtindustrie geführt. Diese zeigten sich verärgert über die detaillierten, für das nächste Jahr geltenden Planvorgaben des Ministeriums, in denen genau vorgeschrieben wurde, wie viele Quadratmeter der aus bestimmten Woll- und Baumwollgarnen zu fertigenden Stoffe produziert werden müßten. Auf welche Weise, so meinten sie, ist man »höheren Ortes« zu so exakten Zahlen gekommen, vor allem angesichts der vielen Unwägbarkeiten in der Erzeugung und im Verkauf? Auf der Grundlage unserer Recherchen stellten wir unsere Dissertation fertig, die dann nach einigen Rückschlägen im Jahr 1957 unter dem Titel »Überzentralisierung in der Wirtschaftsverwaltung«.

Seither ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Jahrzehntlang ist mir nicht einmal im Traum in den Sinn gekommen, daß das Thema meines ersten Buches jemals wieder aktuell werden könnte. Und doch ist das eingetreten. Thema dieses Aufsatzes ist somit die in den letzten zwanzig Monaten deutlich sichtbar gewordene Tendenz zur verstärkten Zentralisierung. Mein am 6. Januar 2011 in der ungarischen Zeitung

Népszabadság unter dem Titel »Bestandsaufnahme« veröffentlichter Aufsatz behandelt die Entwicklungen in den ersten acht Monaten der Regierung Orbán und die damit zusammenhängenden öffentlichen Debatten. Wir wollten klar machen, auf welche Art und Weise es zu einer radikalen Änderung der politischen Struktur gekommen war: Ungarn war nicht länger eine Demokratie, sondern vielmehr eine Autokratie. In direktem Bezug darauf ging es in diesem Artikel um die Schäden, welche die Rechtssicherheit und die Menschenrechte erlitten hatten, um die nachteiligen Auswirkungen auf die aktuelle Wirtschaftspolitik. Wieder sind zwölf Monate vergangen, in denen die Kritiker des FIDESZ-Regimes zahlreiche tiefeschürfende Analysen und drastische politische Erklärungen veröffentlichten. Jene Intellektuellen, die sich zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit bekennen, sind sich über die Lage weitgehend einig.

Unsere Feststellungen fordern keinerlei Änderung im Grundsätzlichen. Wir sind noch immer überzeugt, daß die Verdrängung der Demokratie durch eine Autokratie das eigentliche Übel darstellt. Es ging uns darum, die bereits getroffenen Schlußfolgerungen, die Entwicklungen der letzten zwanzig Monate aus einem *anderen Blickwinkel* zu betrachten, nämlich in Bezug auf die Tendenz zum Zentralismus.

Beispiele

Wir stützen uns zunächst nicht auf Definitionen, sondern auf Beispiele, nicht in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, sondern mit den einzelnen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen. Die Beispiele sollen deutlich machen, was hier unter »Tendenz zur Zentralisierung« zu verstehen ist.

Ministerien

Die im Jahr 2010 abgewählte Regierung verfügte über zwölf Ministerien. Die neue Regierung hat ihre Zahl auf acht reduziert.

Ungarische Nationalbank

Das neue Zentralbankgesetz wurde gegen Jahresende im Parlament mit ungewöhnlichem Tempo durchgepeitscht. Auf den ersten Blick geht es in diesem neuen wichtigen Gesetzeswerk nur um formale Änderungen, aber in der politischen Alltagspraxis ermöglichen sie, daß die grundsätzliche Richtung der Ungarischen Nationalbank nunmehr vom FIDESZ-Regime bestimmt wird, dessen Ziele sich gleichermaßen in der Regierungsarbeit, in der Präsidentschaft der Republik, und durch die Zweidrittelmehrheit in der Legislative durchsetzen wird. Die Vollmachten des Rates für Finanzangelegenheiten werden ausgeweitet. Der Ministerpräsident hat nun das Recht, zusätzlich zu den derzeitigen beiden stellvertretenden Vizepräsidenten der Nationalbank einen dritten zu ernennen, sein diesbezüglicher Vorschlag wird vom Staatschef zweifellos angenommen werden. In der Zeit der Regierung Orbán sind bereits vier neue Mitglieder in den Finanzrat aufgenommen worden. Es könnten noch zwei zusätzliche ernannt werden. Dies verhilft den vom FIDESZ-Regime ernannten Mitgliedern zur zahlenmäßigen Mehrheit, was dem Regime noch mehr Einfluß in einer Organisation verschafft, in der Mehrheitsbeschlüsse gelten. Die Position eines Nationalbankpräsidenten ist nicht gesichert. Die im Einklang mit der Konstitution stehenden Übergangsbestimmungen ermöglichen einen Zusammenschluß der Nationalbank mit der ungarischen Finanzaufsichtsbehörde. Gleichgültig, ob ein solcher Zusam-

menschluss einen Sinn hätte oder nicht, so böte er jedenfalls die Möglichkeit zur Gründung einer neuen, einheitlichen Institution, einer Art von »Überbau«, dessen Leiter zu ernennen wäre, was auf eine Herabstufung des Präsidenten der Nationalbank hinausliefe. Niemand weiß, ob die neuen Gesetze bezüglich der Nationalbank von Dauer sein werden. Hier sollen aber keine Vermutungen angestellt werden. Jedenfalls bedeutet allein die Tatsache, daß so wichtige Gesetze trotz Proteste von Seiten des In- und Auslands, verabschiedet werden konnten, ist ein Beweis für die Stärke des Zentralisierungstrends, mit anderen Worten, für die Entschlossenheit der Führungsspitze, sämtliche Machtbefugnisse an sich zu reißen.

Kontroll- und Leitungsinstanzen

Vor dem Regierungswechsel verfügte der Budgetausschuss über einen vom Finanzministerium unabhängigen Mitarbeiterstab, dessen Zahlen etwa denen des Staatsapparats entsprachen, aber unabhängig von jenen waren. Mit dieser Zweigleisigkeit ist es jetzt vorbei; der Budgetrat wird künftig über kein eigenes Fachpersonal verfügen.

Früher gab es vier Ombudsmänner (Parlamentsbeauftragte) mit parallelen Kompetenzen. Unter dem neuen Regime wird es nur mehr einen geben. Sie fungierten sozusagen als Gewissen des Volkes – jetzt ist diese Kompetenz zu einem Teil des Staatsapparats geworden.

Die vorangegangene Regierung hatte einen eigenen Kontrollausschuß für das Gesundheitswesen gegründet, dessen Befugnisse sich von jenen des nationalen Dienstes für Volksgesundheit und ärztlichen Dienstes sowie dem damaligen Gesundheitsministerium unterschied. Dieser Kontrollausschuß wurde abgeschafft, und seine Kompetenzen anderen Behörden angegliedert oder überhaupt abgeschafft.

Streitkräfte

Die Zoll- und Finanzwache wurde mit dem Steuer- und Finanzkontrollamt zu einem neuen nationalen Amt für Besteuerung und Zollangelegenheiten zusammengeschlossen.

Ferner wurde ein Zentrum für Terrorismusbekämpfung geschaffen, das die Aufgaben mehrerer bis dahin unabhängiger Organisationen übernahm. Zum Leiter dieser Behörde wurde ein früherer Chef der Leibgarde des Ministerpräsidenten Viktor Orbán ernannt.

Das ungarische Corps für Ordnungsschutz wurde in einer seltsamen, halbstaatlichen »korporatistischen« Form gegründet. Alle Mitglieder von Organisationen, die dem Schutz von Recht und Ordnung dienen, müssen diesem Corps beitreten, das als Organ für Interessenschutz fungieren wird. Diese Vorgangsweise wird gewissermaßen die Gewerkschaften als Vertretungsorgan beiseiteschieben.

Lokalverwaltungen

Das neue Gesetz über die Lokalverwaltungen entzieht diesen örtlichen Organen gleich vier Aufgabenbereiche. Wir möchten damit klar machen, daß dadurch künftig die Bereiche Unterricht, Gesundheitsdienst und Katastrophenschutz zur Gänze der Zentralregierung eingegliedert werden.

Die meisten örtlichen Organe der staatlichen Verwaltung sind in die Distriktämter eingegliedert worden. Das gilt auch für die Grundbuchämter, die Gesundheitsämter sowie den Konsumentenschutz. Die auf Distriktebene leitenden Beamten werden vom Ministerpräsidenten ernannt.

Justizwesen

Die ungarischen Gerichte sind bisher von einem unabhängigen, mit einer eigenen Selbstverwaltung ausgestatteten Organ geleitet worden. Dieses wurde nun durch ein nationales Justizorgan ersetzt, dessen Leiter vom Parlament gewählt wird (mit anderen Worten, von der Führung der an der Macht befindlichen Partei). Derzeit wird diese Aufgabe von der Ehefrau eines der einflussreichsten FIDESZ-Funktionäre wahrgenommen. Sie entscheidet nun, welcher Fall vor welchem Gericht zu behandeln ist.

Die Medien

Die Medienbehörde (Nationales Medien- und Telekommunikationsamt) als oberste staatliche Behörde für Medienangelegenheiten, entstand aus einer Zusammenlegung einiger Organisationen. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich von den Inhalten der Fernseh- und Rundfunkanstalten bis zur Zuweisung von Sendefrequenzen. Daneben gibt es einen sogenannten Medienrat, dessen Mitglieder ausschließlich aus den politischen Gremien innerhalb der staatlichen Verwaltung geholt werden.

Früher arbeiteten die im staatlichen Besitz befindlichen und mit öffentlichen Mitteln finanzierten Rundfunk- und Fernsehkanäle unabhängig voneinander. Jetzt wurden sie zu einem Riesenkomplex mit der Bezeichnung Mediendienstleistungsbetrieb und Vermögensverwaltungsfonds zusammengeführt. Damit wird die Finanzierung zentralisiert, und was noch wichtiger ist, verfügt dieser Fond über die Vollmacht, Personal auszusuchen, einzustellen und zu entlassen. Vor der Fusion konnten die einzelnen Institute der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ihre Informationsquellen selbst aussuchen, jetzt sind alle verpflichtet, das ihnen vom zentralen Nachrichtenzentrum zugewiesene Material zu verwenden.

Versicherungen

Im Zuge der Reformen der neunziger Jahre wurde ein Pensionssystem geschaffen, das auf drei »Säulen« beruht: die staatliche Pflichtversicherung, die private Pflichtversicherung und die freiwillige Privatversicherung. In den Jahren 2010 bis 2011 wurden meistens Vermögenswerte der zweiten Säule konfisziert und größtenteils von staatlicher Seite ausgegeben, während die Verpflichtungen gegenüber den Versicherten theoretisch zur ersten »Säule« verlagert wurden, dem staatlichen Pensionssystem.

Die Handelsbanken gründeten und finanzierten einen eigenen Versicherungszweig, den nationalen Depositenschutzfond, der die Auszahlung von Einlagen im Falle einer Bankenkrise gewährleisten sollte. Infolge staatlichen Drucks waren die Banken gezwungen, diese Vermögenswerte einer staatlichen Körperschaft zu übertragen, der staatlichen Schuldenverwaltungsagentur.

Dienstleistungen

In Budapest wurden sieben bis dahin separate Dienstleistungsunternehmen, zuständig für Kuranstalten, Straßenreinigung, Bestattungen usw., in einer Holdinggesellschaft zusammengefasst, deren Vertreter gleichzeitig die Hauptstadt in den Aufsichtsräten der privaten und halbprivaten Dienstleistungsunternehmen (Gas, Wasser, usw.) sitzen. Der Handel mit Tabakwaren wird verstaatlicht. Die Zahl der Verkaufsstellen wird von 40.000 auf 5000 reduziert.

Wie schon erwähnt, werden die Distriktkrankenhäuser der Distriktverwaltung herausgelöst und der Zentralregierung unterstellt. Diese Änderungen der Eigentumsverhältnisse werden vermutlich gleichzeitig mit verschiedenen Zusammenlegungen und

Schließungen erfolgen, die zur Verringerung der Anzahl von Einrichtungen führen werden und gleichzeitig die Ernennung neuer Chefs ermöglichen. Die Abwasserbeseitigung in jenen Teilen Budapests, die über keine Abwasserkanäle verfügen, wurden bisher von einer privaten Tankwagenfirma besorgt. Diese werden jetzt von einem gemeindeeigenen Unternehmen durchgeführt. Dieser Wechsel wird durch eine finanzielle Benachteiligung beschleunigt: Wer künftig die Dienste der Privatunternehmen benützt, zahlt doppelt, nämlich die vollen Gebühren an die Privaten, und nochmals die vollen Gebühren an den Gemeindebetrieb.

Unterricht, Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung

Wie schon erwähnt, unterstellt man die noch in der Verantwortung der Lokalbehörden befindlichen Volks- und Mittelschulen jetzt der Zentralregierung. Die Gymnasien (akademisch ausgerichtete Mittelschulen, die bisher der Hauptstadt unterstanden, sind bereits im Rahmen der neuen Umstrukturierung zentralisiert worden. War die Aufnahme von Lehrkräften das Recht des Schuldirektors, bedarf es jetzt der Genehmigung der neuen Gymnasialbehörde. Bisher war jedes Gymnasium für das eigene Budget verantwortlich. Heute darf es, mit Ausnahme einiger tausend Forint, keine Ausgaben ohne Genehmigung der Gymnasialbehörde tätigen. Sobald sich die Gymnasien an diese Entwicklung gewöhnt haben, wird es im Rahmen der neuen Struktur zu weiteren Zentralisierungsmaßnahmen kommen.

Im Zuge dieser entscheidenden Gesetzesänderungen im Bereich des Unterrichtswesens geht die Entwicklung in Richtung einheitlicher, zentral gesteuerter Lehrpläne. Mit der Unabhängigkeit des Lehrkörpers ist es weitgehend vorbei: 90 Prozent des Lehrstoffes werden vorgeschrieben und nur 10 Prozent sind wahlfrei.

Früher hatten die den örtlichen Behörden unterstehenden Schulen bei der Gestaltung ihrer Lehrpläne mehr Freiheit zur Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse; jetzt müssen alle Lehrpläne ident sein.

Die Universitäten verfügten an sich schon vor dieser Entwicklung nicht über eine volle Autonomie, aber selbst diese Quasi-Selbstständigkeit wird noch weiter eingeschränkt. Die Bestellung eines Rektors war ein zweistufiger Vorgang, wobei erst der Universitätssenat eine Person aus mehreren Kandidaten auswählte, die dann von staatlicher Seite ernannt wurde. Ohne vorherige Auswahl durch den Senat konnte niemand zum Rektor ernannt werden, wobei der Staat sein Recht zur Ablehnung eines Kandidaten kaum benützte. Derzeit ist die Situation völlig anders. Der Rektor wird jetzt von seiten der staatlichen Behörden ausgewählt und ernannt. Die Universitätsleitung hat nur das Recht, dies zu kommentieren, aber selbst im Falle einer Ablehnung kein Vetorecht. So wie bereits vorher, wird die Ernennungsurkunde mit dem Siegel des Präsidenten der Republik gefertigt. Mit anderen Worten, der entscheidende Faktor im Auswahlverfahren ist der Universität entzogen und von den staatlichen Organen übernommen worden.

Derzeit überschwemmen zahlreiche Zentralisierungsmaßnahmen das Netzwerk der Forschungsinstitute der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Verschiedene renommierte Institute in den Bereichen Natur- und Sozialwissenschaften, die jahrzehntelang separat und unabhängig gearbeitet hatten, werden nun zwangsweise in Gruppen zusammengefasst und neu geschaffenen Verwaltungsorganen unterstellt.

Zu Fusionen und Zentralisierungsmaßnahmen kommt es auch bei der Berufsausbildung. Man spricht von der Schaffung integrierter Ausbildungszentren.

Bisher wurden die öffentlichen Zuwendungen für Kunst und Wissenschaft sowie karitative Maßnahmen durch öffentliche Stiftungen vergeben, von denen einige erhebliche Vermögenswerte aufgehäuft haben. Sie verkörperten eine spezifische Art von professioneller Autonomie und Selbstverwaltung; ihre Aufsichtsräte bestanden aus Vertretern der jeweiligen Künste oder Wissenschaftszweige, oder Fachleuten für Wohlfahrtsangelegenheiten; die Subventionen wurden entsprechend ihrer professionellen Fähigkeiten vergeben. Die meisten der vierundzwanzig gemeinnützigen Stiftungen sind abgeschafft worden, ihre Vermögenswerte und Aufgaben wurden staatlichen Organisationen übertragen.

Das bisher unabhängige »Institut 1965« wurde in die Nationalen *Széchenyi Bibliothek* eingegliedert. Die *Lukács*-Archive haben ebenfalls ihre Unabhängigkeit verloren, da sie in die Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften eingegliedert wurden.

Die Budapester Staatsoper wird von einem Staatskommissar geleitet, der nicht vom Kulturminister, sondern vom Ministerpräsidenten persönlich ernannt wurde.

Das Museum der Schönen Künste wird mit der Ungarischen Nationalgalerie vereinigt; ebenso das Kabarett *Mikroszkóp* mit dem *Thália*-Theater, das vor allem klassische Dramen bringt. Die Budapester Stadtverwaltung hat beschlossen, das Etablissement *Petőfi* mit dem *Trafó*-Haus für Gegenwartskunst zu vereinigen.

Die Budapest Galerie wird im Budapest Geschichtsmuseum aufgehen.

Der staatliche Filmfonds wird zentralisiert. Der zuständige Staatskommissar Andy Vajna fordert, im Falle von überwiegend vom Staat geförderten Filmen, das Recht auf den »letzten Schnitt«.

Das Gemeinsame in diesen Beispielen

Man könnte zu den dreiunddreißig aufgelisteten Beispielen problemlos noch viele andere hinzufügen: die zielstrebigsten und umfassenden Maßnahmen zur Umstrukturierung des Pensionssystems, das mächtige Zentralamt, das die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet, das neue Nationalbankgesetz, sowie auch geringfügige, wie die Zusammenlegung zweier Galerien oder Vergnügungsparks, da letzteres sehr wohl schwerwiegende Änderungen im Leben der Betroffenen bedeutet. Diese zusätzlichen Beispiele unbedeutender oder sogar bizarrer Fälle sollen aufzeigen, wie sehr die Zentralisierung gleichsam zu einer Art Fusionsmanie geworden ist. Wo immer man ein Problem sieht, hält man Zentralisierung und Fusion für das Allheilmittel. Ich möchte hier klammern, wie das gewohnte Funktionieren zahlloser gesellschaftlicher Organe durch die immer schneller aufeinander folgenden Transformationschübe gestört wird. In der Tat erkennt man so viele, gleichzeitig an verschiedenen Stellen auftretende Reorganisationsmaßnahmen, daß es gerechtfertigt ist, auf die Hegelsche Formel hinzuweisen, wonach quantitative Veränderungen zur qualitativen führen können. Alles in allem haben diese Veränderungen das Regelsystem radikal verändert.

Genial ist die dabei angewandte Methode: die gesetzeskonforme Art und Weise ist von Fall zu Fall eine andere. Manchmal wurden ganze Institutionen zusammengefaßt, manchmal wird die Vorgangsweise bei der Ernennung von Führungskräften abgeändert, in anderen Fällen werden Vorstände mit Delegierten aufgefüllt, die das gewünschte Ergebnis herbeiführen, und in anderen Fällen werden einfach die Statuten geändert. Wie erkennt man dieses »Muster« in den erwähnten dreiunddreißig Beispielen? Sämtliche Teile eines Staatsapparates sind notwendigerweise zentralisiert.

Indessen führt eine Zentralisierung *innerhalb* des Staatsapparats zu dessen Verfestigung:

1. wenn ein Vorgesetzter weniger Untergebene hat, wodurch die Kontrolle über seine Untergebenen verschärft wird, wirkt auch die Zentralisierung stärker,
2. wenn die Anzahl der Hierarchieebenen abnimmt,
3. die Zentralisierung wirkt auch stärker, wenn die Anweisungen präziser ausfallen,
4. nützlich ist es auch, wenn die politische Führungsspitze in der Lage ist, die eigenen Leute in alle wichtigen Positionen zu plazieren,
5. gesamtgesellschaftlich gesehen wird der Zentralismus stärker, sobald man bisher autonome, außerhalb des Staatsapparates agierende Kräfte teilweise oder zur Gänze der staatlichen Kontrolle unterwirft,
6. noch stärker wird sie, wenn es gelingt, bestimmte Entwicklungen einer staatlichen Überprüfung und Eingriffen zu unterwerfen, die bis dahin von solchen Kontrollen verschont gewesen waren.

In jedem der erwähnten Beispiele ist mindestens eine der unter Punkt 1–6 erwähnten Veränderungen erkennbar. Dies allein untermauert unsere These, daß es sich hier keineswegs um eine Reihe von zufällig zustande gekommenen Veränderungen handelt. Alle angeführten Beispiele weisen eindeutig in eine *bestimmte Richtung*: sie verfestigen den Zentralismus. Wir bezeichnen diese radikale, klar erkennbare und erschreckend schnelle Transformation als *zielbewußte Zentralisierung*.

Ich benütze hier einen wertfreien Begriff im Sinne einer positiven, wissenschaftlichen Methode. Die normative Analyse und Beurteilung erfolgt später. Selbst jene, die diese Veränderungen billigen, können das Vorhandensein einer derartigen zielbewußten Zentralisierung nicht leugnen.

Manche dieser neuen Konstruktionen – rechtlich einwandfreie Bedingungen und Organisationsformen – findet man auch in westlichen Demokratien, aber dort bedrohen sie die Grundlagen der Demokratie *als solches* keineswegs. Das besondere an Ungarn seit zwanzig Monaten vor sich gehenden Transformation ist der Umstand, daß diese Regierung es verstanden hat, *zahlreiche Maßnahmen zwecks exzessiver Zentralisierung* und Auflösung autonomer Strukturen zu verwirklichen, und diese unterschiedlichen, einander ergänzenden Veränderungen zu einer zielgerichteten Entwicklung zusammenzufassen.

Argumente pro und kontra

Die offiziellen Initiatoren und Akteure dieser Veränderungen neigen zur Behauptung, die früheren Organisationsformen und Methoden seien ineffizient und verschwenderisch gewesen, was eine schlampige Arbeitsweise zur Folge gehabt hatte. Es ist nicht zu leugnen, daß solche Probleme in den meisten Fällen tatsächlich vorhanden sind. Weiter behaupten sie, daß es für Untüchtigkeit und Verzögerungen ein brauchbares Allheilmittel gebe: die Zusammenlegung von Abteilungen, die Abschaffung von Überschneidungen, die Reduzierung überflüssiger Kompetenzen – mit einfachen Worten, durch verstärkte Zentralisierung.

Es gibt natürlich auch die uralte Debatte über die Vor- und Nachteile von Zentralismus und Dezentralisierung. Man denkt dabei an Namen wie Adam Smith, Marx, Hayek und Lenin, an die großen Schöpfer der mathematischen Ökonomie, die Nobelpreisträger Arrow und Hurwicz. Wir hatten naiverweise gedacht, daß es solche Debatten bloß in ungarischen Universitätsseminaren über Wirtschaftsgeschichte geführt

wurden, sozusagen als intellektuelle Leckerbissen. Das ist nun keineswegs der Fall. Diese Debatte ist heute aktueller denn je. Für den Anfang laßt uns noch auf der subtilen und makellosen Ebene der theoretischen Analyse verweilen. Wir wollen, sozusagen mit unbewegter Miene versuchen, die für und dagegen sprechenden Argumente vorzubringen, als handelte es sich um eine Art von Duell, in dem der mit den besseren Argumenten gewinnen würde.

Die Vielfalt der Tätigkeiten des Menschen muß jedenfalls mittels verschiedener Methoden geregelt werden. Wir wollen zwei davon auswählen. Eine ist die Methode der *vertikalen Koordination*. Stellen wir uns eine Pyramide vor. Auf ihrer Spitze befindet sich der oberste Chef, der seine Anordnungen an, sagen wir, zehn ihm untergeordneten Chefs weitergibt, die sie ihrerseits an die ihnen unterstehenden stellvertretenden Chefs weiterleiten, wobei jeder von ihnen nur einem bestimmten Vorgesetzten unterstellt ist.

Wenn wir uns in der Pyramide abwärts bewegen – vorbei an den Stellvertretern der Stellvertreter, und an den Stellvertretern der Stellvertreter der Stellvertreter – werden die einzelnen Ebenen immer breiter und die Zahl der dort Tätigen immer größer. Schließlich gelangen wir zur untersten Ebene der Pyramide. Hier befinden sich die zahlreichen, dort Beschäftigten, die ihre Anordnungen von oben erhalten, aber unter ihnen ist niemand mehr, den sie direkt ansprechen könnten.

Diese Struktur wird theoretisch als »perfekte Hierarchie« bezeichnet. (Wie ergriffen müssen die Anhänger des Zentralismus sein, wenn sie daran denken!) Diese Struktur gilt als perfekt, weil die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen klar und eindeutig definiert sind: es gibt keine zwei- oder mehrgleisigen Verbindungslinien.

Das andere Modell beschreibt die *horizontale Koordination*. Diese funktioniert auf einer einzigen Ebene; dort ist vom Anfang an niemand einem anderen untergeordnet. Die Mitarbeiter müssen sich untereinander einigen.

Das erste Modell ist der reine Zentralismus, das zweite die reine Dezentralisierung.

Im ersten Modell ist die Autorität spürbar: die Anordnung des Chefs beinhaltet gleichsam eine Warnung, nötigenfalls eine Drohung. Im zweiten Modell wird die Koordination – im Sinn der entsprechenden Aussage von Adam Smith – »wie von einer unsichtbaren Hand« geregelt.

Eine Struktur entsprechend dem ersten Modell ist im Staat verkörpert (wenn auch nie in der reinen Form des Modells). Zwei Bereiche ähneln dem letzteren. Der eine ist der Markt, wo die Zusammenarbeit auf erkennbaren materiellen Interessen beruht, die durch Übereinkunft zwischen Käufer und Verkäufer realisiert werden. Der andere, horizontal strukturierte Bereich umfaßt die nicht gewinnorientierten Organisationen, verschiedene freie Partnerschaften und Vereinigungen sowie Zusammenschlüsse der »Zivilgesellschaft«.

Die Beweggründe sind hier eine Mischung von materiellen und nichtmateriellen Anreizen.

Und nun eine Gegenüberstellung von Zentralismus und Dezentralisierung.

1. *Kurzfristige Effizienz*. Die Dezentralisierung ist eindeutig durch Verschwendung gekennzeichnet. Hier findet man Parallelstrukturen mit einander überschneidenden Kompetenzen. Ein wesentlicher Teil der Optionen bleibt ungenutzt. Daher bedeutet eine Zusammenführung mehrerer Organisationen unter einer zentralen Leitung eine sofortige Senkung der Verwaltungskosten; ein Teil des Personals kann sofort

entlassen werden. (Ein Beispiel sind die Verwaltungskosten der dezentralisierten Privatversicherung, die jedenfalls höher sind als die des zentral geleiteten staatlichen Versicherungssystems.)

Dieses Argument stößt immer auf enormen Beifall. Allerdings ist nicht immer mit diesem positiven Effekt zu rechnen, da die Zentralisierungsmaßnahmen gewöhnlich ohne Hinzuziehung von Fachleuten oft schnell durchgepeitscht werden.

Die Eliminierung von Überschneidungen, die Kürzung der Verwaltungskosten und eine *kurzfristige* Effizienzsteigerung sind alles in allem ein schwaches Argument, obwohl sie doch manche Erfolge zeitigen. Andere diesbezügliche pro und kontra Argumente sollten sorgfältig erwogen werden.

2. *Wettbewerb*. Zentralismus bedeutet die größtmögliche Ausschaltung des Wettbewerbs, während für die Dezentralisierung die Konkurrenz von entscheidender Bedeutung ist, obwohl der Konkurrenzkampf auch mit wesentlichen Kosten verbunden ist. Konkurrierende Verkäufer müssen für ihre Produkte werben, um die Käufer zum Erwerb *ihrer* Produkte oder Dienstleistungen zu bewegen, und nicht die ihrer Konkurrenten. Sie müssen über freie Kapazitäten verfügen, um die Nachfrage jederzeit befriedigen zu können. Das bindet jedoch enorme Ressourcen, was in einer Zentralwirtschaft nicht notwendig ist. Andererseits setzt der Wettbewerb enorme Energien frei. Das macht es wünschenswert, ja sogar entscheidend, neue Produkte hervorzubringen, ehe die Konkurrenz das tut: das ist der eigentliche Motor des Innovationsprozesses, der unsere Lebensweise verändert. Alle bedeutenden Innovationen des vergangenen Jahrhunderts sind in dezentralen Wettbewerbswirtschaften geschaffen worden.

Der Wettbewerb ist nicht nur im engen Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeit notwendig, sondern auch in der Bildung, in der Wissenschaft und in der Kunst. Ein außerordentlich begabter Nationalökonom und Absolvent der Universität von Harvard wollte später dort unterrichten, wurde jedoch abgelehnt. Dann bewarb er sich beim nahegelegenen *Massachusetts Institute of Technology (MIT)*, wo es noch keinen Lehrgang für Volkswirtschaft gab, und machte sich erbötig, einen entsprechenden Studiengang einzurichten. Man gab ihm die Chance. (Er hatte das Glück, es nicht mit dem ungarischen Ministerium für nationale Ressourcen zu tun zu haben, das immer schon im voraus genau weiß, wie viele Studenten an welchen Fakultäten welcher Universität studieren dürften.) Der Name des erwähnten Nationalökonomens war Paul. A. Samuelson, der später einer der prominentesten Wissenschaftler seines Landes werden sollte, und der auch der erste Amerikaner war, der mit dem Nobelpreis für Nationalökonomie ausgezeichnet wurde. Heute verfügt das MIT über eine der bekanntesten Lehrstätten für Nationalökonomie. Heute sind die volkswirtschaftlichen Fakultäten der beiden benachbarten Universitäten mit ihren sich überschneidenden Lehrplänen echte Rivalen, die um die besten Studenten und wertvollsten Forschungsergebnisse wetteifern, und häufig Fakultätsmitglieder des jeweils anderen abwerben. Trotz aller Rivalität gibt es Zusammenarbeit, beispielsweise in Form von gemeinsamen Seminaren.

3. *Anpassung und Auswahl*. Die ungarischen Befürworter des Zentralismus glauben tatsächlich, daß es möglich sei, innerhalb der vier Wände einer staatlichen Behörde exakte Pläne zu erstellen, mit entsprechenden Gesetzen und anderen fixen Vorschriften künftige Strukturen zu schaffen, ohne sich um Überschneidungen und Verwaltungskosten kümmern zu müssen. Man kann die enormen Vorteile einer

Dezentralisierung erst nur dann erkennen, wenn man die gesellschaftliche *Entwicklung* beobachtet. Ständig kommt es zur Gründung neuer Organisationen, manche schließen sich zusammen, andere spalten sich, andere lösen sich auf. Manche wachsen, manche verkümmern. All das ähnelt in vielfacher Weise der Evolution und der natürlichen Selektion, wie man sie in der Natur vorfindet.

Das Entstehen und das enorme Wachstum von *Google* und *Apple* war nicht das Ergebnis der Tätigkeit irgendeiner Kommission, die für Bestbieter zuständig war, da gab es kein Ministerium, welches hätte beschließen können, ob die beiden nur wenige hundert Meter voneinander entfernten New Yorker Museen, das *Metropolitan* und das *Guggenheim*, sich vereinigen oder separate Einrichtungen bleiben sollen.

Vielfach brauchbare Erzeugnisse, technische Verfahren, Managementmethoden, Unterrichtsprinzipien, Organisationsformen und Organisationen als solche bestehen weiter. Jene, die nicht imstande sind, sich anzupassen und sich zu verbessern, gehen früher oder später zugrunde. Welch arrogantes Selbstvertrauen, welch ein Glaube an die eigene Unfehlbarkeit ist vonnöten, wenn ein Büro oder Chef meint, er könne über Angelegenheiten von Leben und Tod entscheiden! Entscheidende, unumkehrbare Transformationen werden befohlen, nicht gemächlich und von Variationen begleitet, wie die Evolution in der Natur, sondern in rasendem Tempo, damit sie möglichst in wenigen Tagen oder Stunden verwirklicht werden können.

4. *Information.* Eine Voraussetzung für das tadellose Funktionieren einer Zentral-koordination ist die Fähigkeit des Entscheidungsbefugten, die nächsten Entwicklungen vorherzusehen. In einem solchen Fall sind fehlerfreie Entscheidungen möglich, und es ist nunmehr notwendig, den Beschluß nachhaltig durchzusetzen. In Wirklichkeit ist das reale Leben voller Überraschungen und ungenauer Informationen. Auch mag die Information nicht unbedingt fruchtbringend sein; es können auch beabsichtigte Täuschungen am Werk sein. Es mag Untergebenen passen, bestehende Probleme zu leugnen (oder zu übertreiben, wenn es ihren Interessen entspricht). Sie mögen behaupten, es gebe noch genügend Spielraum, oder, im Gegenteil erklären, es bestünden enorme Engpässe, was immer ihnen vorteilhafter erscheint. Der Chef wird fehlerhafte Entscheidungen nicht korrigieren können, weil es Untergebene nicht wagen, ihn auf einen Irrtum aufmerksam zu machen. Hier erweist sich die Dezentralisierung als besonders vorteilhaft. Die Informationsbeschaffer sind oft identisch mit den Anwendern, wodurch sie ein persönliches Interesse an der korrekten Nutzung haben. (Dies ist, stark verkürzt, Friedrich von Hayeks Hauptargument zugunsten der Dezentralisierung.) Jene, die aufgrund fehlerhafter Informationen handeln, müssen dafür büßen: sie fallen aus dem Wettbewerb heraus, sie werden ausgeschlossen. Die Weitermachenden sind offen für Informationen, Kritik und Selbstkritik.

Wenn man die unter Punkt 2, 3 und 4 vorgebrachten Argumente zusammenfaßt, so kann man feststellen, daß die horizontal strukturierte Dezentralisierung *langfristig effizienter* ist als der vertikal strukturierte Informationsfluß. Wenn man diese Argumente – die in der umfangreichen Fachliteratur in allen Einzelheiten abgehandelt werden – objektiv betrachtet, wird man bemerken, daß diese Feststellung *rein logisch* zutreffend ist. Aber daneben gibt es auch triftige und einleuchtende praktische Gründe. Das sozialistische System in seiner klassischen stalinistischen Ausprägung war jenes historische Phänomen, das einer »perfekten Hierarchie« –

dem Modell einer streng vertikalen Befehlskette – noch am nächsten gekommen war. Lenin bemerkte einmal, man könnte das sowjetische System als eine einzige gigantische Fabrik betrachten. Am Anfang hatte dieses System in der Tat kurzfristig Aufsehen erregende Erfolge gezeitigt, aber am Ende doch versagt! Langfristig hatte seine Zweckmäßigkeit (im Sinne von Innovationen, Produktivität und laufender Produktionssteigerung) bei weitem weniger geleistet als das dezentral funktionierende kapitalistische System.

Die Effizienz des Systems ist von entscheidender Bedeutung für die Wohlfahrtssteigerung. Allerdings gibt es auch noch andere Werte, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

5. *Der Wert von Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Autonomie.* Wir wollen Bildung und Ausbildung als Beispiele heranziehen. Im Zusammenhang mit Angebot und Nachfrage ist es vor allem wichtig, die Arbeitskräfte entsprechend zu schulen und dafür zu sorgen, daß sich die neuen Arbeitskräfte nach Beendigung ihrer Ausbildung in ihre künftigen Arbeitsplätze eingliedern können. Anlässlich einer Konferenz in Schweden hörten wir folgendes Argument: Mozart mochte aus der Tatsache, daß es in Salzburg viele Musiker gab, gelernt haben. Nannerl, die älteste Tochter, war eine erfolgreiche Pianistin geworden. Vielleicht hätte der kleine Mozart lieber ein tüchtiger Handwerker werden sollen, da an diesen Mangel herrschte.

Mit welcher moralischen Begründung dürfte man durch starre Rahmenbedingungen vorschreiben, was junge Menschen zu lernen hätten? Was würde da aus der Souveränität des Individuums und der Familie werden?

Es ist möglich, daß regionale oder autonome Berufsverbände viele Fehler machen. Es ist auch möglich, daß eine superkluge Behörde bessere Entscheidungen treffen könnte, aber *ein Wert an sich* ist es, wenn man es einem Dorf, einer Stadt, einer Kunstgattung oder einer anderen Gemeinschaft ermöglicht, eigenverantwortlich zu entscheiden. István Bibó verwies auf die »kleinen Freiräume«, als er sich zum Prinzip der Autonomie bekannte.

6. *Paternalismus und Selbständigkeit.* Je mehr der staatliche Zentralismus die Gesellschaft als Ganzes umfaßt, umso mehr übernimmt der Staat auch die Aufgabe, für alle Bürger in allen Bereichen zu sorgen. Zentralismus und Paternalismus sind ebenso Zwillingenbrüder, wie Dezentralisierung und Selbständigkeit. Dies ist auch ein Argument, das zugunsten des Zentralismus von seiten jener vorgebracht, die sich gerne auf den Staat verlassen. Das ist aber nicht bei jedem der Fall. Da sind Menschen, die dem Wohlfahrtsstaat mißtrauen, und noch mehr, die angesichts der aktuellen Entwicklungen diesbezüglich unsicher geworden sind. Was ist, wenn der Staat sein Versprechen nicht einhält? Was ist, wenn er sich als Vater herausstellt, der seine Kinder vernachlässigt? Dazu kommt noch, daß viele von uns es nicht mögen, wenn man sie wie Kinder behandelt. Wir möchten für uns selbst verantwortlich sein. Wir wollen für uns und unsere Familien selbst sorgen, auch wenn dies kostspieliger sein mag. Das bedeutet natürlich die Notwendigkeit von Privatversicherungen, Ausbildungskrediten und anderen selbständigen Einrichtungen. Man muß hier keinen überflüssigen Gegensatz sehen: die Forderung nach Solidarität verlangt, daß der Staat bei der Hilfe für die Kranken und Alten, die Benachteiligten und Armen eine wichtige Rolle spielt. Dennoch ist der Wert der Selbsthilfe, der Eigenverantwortung ein einleuchtendes Argument für entsprechende

Dezentalisierungsmaßnahmen und Maßnahmen gegen einen überbordenden Zentralismus.

7. *Vielfalt*. Die chinesische Wirtschaft ersparte sich riesige Summen, als die ganze Bevölkerung gezwungen wurde, einen »Mao-Anzug« zu tragen. Die Kosten der Bekleidungsindustrie mußten nach der Zulassung vielfarbiger Kleidungsstücke gewaltig gestiegen sein! Seither haben die Chinesen durch ihre Einkäufe gezeigt, daß Vielfalt ein Luxus ist, für den sie gerne mehr auslegen.

Eine umfassendere Definition besagt, daß unsere Vielfalt zu den Schönheiten des Lebens zählt. Es gibt keinen Grund, mehrere Forschungseinrichtungen oder Schulen in einen Käfig zu sperren, auch wenn sie separat kostspieliger sind. Jede Institution hat ihren eigenen Charakter, ihre eigenen Traditionen und ihre eigenen Erinnerungen. Sie haben gemeinsam schwere Zeiten erlebt und Gemeinschaftsgefühl entwickelt. Die kaltblütigen technokratischen Reorganisationen zerstören diese Gemeinschaften, berauben sie ihrer Vergangenheit und versetzen sie auf künstliche Art und Weise in ein neues, fremdartiges Ambiente.

8. *Das politische Kriterium*. Bisher haben wir uns mit den Kriterien Effizienz und Ethik befaßt und haben das Kriterium Politik bis zuletzt aufgehoben. Lassen wir die Punkte 1 bis 7 einen Augenblick beiseite, und nehmen wir an, daß jetzt ein gut funktionierendes System vorhanden ist. Die Frage ist, wer an der Spitze steht? Gewöhnlich wird diese Frage in theoretischen Abhandlungen zum Thema gestellt und mit der Annahme beantwortet, daß auf der Spitze der Pyramide ein »wohlmeinender Diktator« steht.

Aber was geschieht, wenn diese wohlmeinende Person nicht unfehlbar ist und oft Fehler macht? Wenn seine oder ihre Absichten keineswegs so gut sind wenn er oder sie tyrannisch sind, Lobhudelei schätzen, Kritik zurückweisen, stur sind, und sich als unbelehrbar erweisen?

Das ist wohl das schlimmste Problem des Zentralmodells. Je effizienter sein Wirken, umso größer die Gefahr, zum Werkzeug eines Tyrannen zu werden. Hingegen beinhalten dezentralisierte Systeme die sogenannten »checks and balances« gegen die Gefahr der Bildung eines solchen Machtzentrums. Je dezentraler und beweglicher ein System ist, umso stärker vermag es dem Zentralismus an der Spitze der Pyramide entgegenzutreten. Daher sollten die Politiker und Denker, die einen starken Staat zwecks einer gerechteren Verteilung und Umverteilung zugunsten der Bedürftigen anstreben, dies sehr wohl bedenken. Seid wachsam: Die Führung eines starken Staates könnte in falsche Hände geraten!

Macht und Zentralismus

Die Beurteilung der Argumente für oder gegen die erwähnten acht Punkte gehört in das Gebiet der *normativen* Analyse. Wir haben in verschiedenem Zusammenhang abgewogen, ob die Tendenz zum Zentralismus »gut« oder »schlecht« ist. – Nun wollen wir die erkennbaren Erscheinungen der Realität sowie ihre Ursachen und Folgen auf *positive* Art und Weise überprüfen.

Das Hauptanliegen der Regierung Viktor Orbán ist es, die Macht so fest als möglich an sich zu reißen und sie dann so lange als möglich zu behalten. Die Macht ist das Ziel, dem *alle Mittel* untergeordnet werden. Sobald wir dieses Machiavellische Verhältnis zwischen Ziel und Mittel richtig begriffen haben, erkennen wir, daß dies

die wichtigste Erklärung der Neigung zum Zentralismus darstellt. Das Machtstreben ist Grund genug, die Orbánsche Pyramide so umfassend und wirkungsvoll als möglich zu gestalten. Der eigentliche Zweck dieser Änderungen ist die schnellstmögliche Verwirklichung folgender Verhältnisse:

- Haltet die Kommandokette von oben nach unten so kurz wie möglich.
- Sorgt dafür, daß jeder Chef, stellvertretender Chef und Stellvertreter des stellvertretenden Chefs einer unserer Vertrauensleute ist. Ein guter Grund für die Umstrukturierung jeglicher Organisation ist der Umstand, daß dies die Gelegenheit bietet, unsere Leute zu Leitern der neuen Abteilungen oder Unterabteilungen zu ernennen. Auch brauchen wir nicht bei Positionen innezuhalten, die in der politischen Praxis für »politische Gesinnungsfreunde« reserviert sind. Je näher zur Basis der Pyramide wir unsere Vertrauenspersonen plazieren, umso besser ist es.
- Das wichtigste Kriterium ist die Loyalität zur obersten Leitung. Natürlich ist auch Fachwissen nützlich, aber bedingungslose Loyalität und Gehorsam stehen an erster Stelle.
- Auf welcher Ebene sich die jeweiligen Vorgesetzten und Untergebenen befinden mögen, die Abhängigkeit muß *festgefügt* sein. Die Anweisungen müssen ohne Rückfrage befolgt werden. In der Praxis müssen Untergebene nicht erst auf Anordnungen warten. Sie wissen aufgrund der Parteilinie, was die Vorgesetzten von ihnen erwarten, und handeln dann entsprechend.
- Bosse müssen mit ihren Untergebenen nicht lange diskutieren. So wie beim Militär verläuft der Informationsfluß, die Befehle im wesentlichen von oben nach unten, und nicht in Form von Vor- oder Ratschlägen, oder Kritik, von unten nach oben.
- Die Voraussetzung für das Funktionieren einer zentral gesteuerten vertikalen Koordination ist Disziplin. Diese muß mit administrativen Mitteln durchgesetzt werden. Ungehorsame Mitarbeiter sind zu entlassen, es schadet auch nicht, gelegentlich auch solche Abteilungen zu säubern, wo niemand an Ungehorsam denkt. (Beispiele dafür sind Massenentlassungen in den Medien und in den Büros der Ombudsmänner.) Wir haben sogar von Fällen gehört, in denen das Regime dafür sorgte, daß entlassene Funktionäre keine neuen Posten finden konnten. Viele unterdrückten ihre Proteste und duckten sich ängstlich, um ihre Arbeitsplätze nicht aufs Spiel zu setzen.

Naturgemäß belohnt die vertikale Koordination die Leute, auch wenn sie jene bestraft und bedroht. Treue Dienste bringen hohe Bezüge, jährliche Boni und besondere Sachleistungen.

Der Drang nach Macht motiviert nicht nur die Führungsspitze, sondern auch die neue Nomenklatur für »unsere Leute«. Dies reicht bis in die unteren Ebenen der Hierarchie. Ihre Mitglieder – die Chefs, die stellvertretenden Chefs und die Stellvertreter der stellvertretenden Chefs – haben ihrerseits an Macht und Einfluß gewonnen. Sie müssen sich den Vorgesetzten fügen. Aber sie haben Macht über ihre Untergebenen. Und sobald sie diese Macht besitzen, wollen sie diese auch behalten. Der oberste Chef an der Spitze der Pyramide ist nicht allein: er hat ein gemeinsames Interesse mit den oberen, mittleren und unteren Hierarchieebenen, nämlich den Erhalt der Macht.

Das Leben der neuen Nomenklatur in den Chefetagen der Orbánschen Pyramide ist insofern leichter, als man dort keine philosophischen Überlegungen anzustellen hat und sich kein Kopfzerbrechen über neue komplexe Dilemmas machen muß. Sie müssen bloß ihren Teil zur Erfüllung der Befehle und Erwartungen der Partei beitragen. Wenn es Schwierigkeiten gibt, haben die Chefs der mittleren und unteren Ebene die

gute Ausrede: »Es ist nicht unsere Schuld, der Fehler steckte schon in der Anordnung von oben.« (Jeder kennt den Satz »Ich habe nur Anordnungen befolgt«!) Hier erweist sich auch die beruhigende technokratische Ideologie als nützlich (siehe Punkt 1 im vorigen Kapitel): »Wir schaffen und stärken den Zentralismus zum Zwecke der Effizienz, und nicht um der Macht willen.«

Die vertikale Koordination – die hierarchische Befehlsstruktur – hat noch nie zufriedenstellend funktioniert. Sie ist ein holpriger Mechanismus. Wenn es Schwierigkeiten gibt, dann verlangt die innere Logik des Mechanismus nach Verstärkung des Zentralismus. Werden die genauen Instruktionen umgangen, dann nimmt die Schlampererei zu. Dann kommt es oft zur »Leitung nach Gefühl«, so daß jeder selber entscheidet, anstatt seinen Untergebenen die entsprechenden Anweisungen zu geben.

Entsprechend der inneren Logik eines zentralgesteuerten Systems heißt es: je größer die Schwierigkeiten, umso mehr sind administrative Maßnahmen erforderlich. In früheren Zeiten bezeichnete man die Nichterfüllung eines Planziels als »Sabotage«, was in der Sowjetunion die Todesstrafe oder Zwangsarbeit zur Folge haben konnte. Heute spricht man von »betrügerischem Mißbrauch von Fondsmitteln«, und in Fällen, wo dies durch ein Gericht eindeutig nachgewiesen werden konnte, bewegte sich das Urteil im Rahmen eines kultivierten Justizsystems. Indessen gibt es keine Garantie, daß es zu keinen weiteren repressiven Maßnahmen kommt. Zusätzliche Einschränkungen der Rechte von Zeugen oder Verdächtigen verstärkt die diesbezüglichen Sorgen. Immer häufiger kommt es zu haltlosen Beschuldigungen und falschen Anklagen. Es ist zu befürchten, daß Beamte und Geschäftsleute in einem gefährlichen Klima agieren müssen. Wir müssen unsere Hoffnungen auf den Gerechtigkeitssinn und die berufliche Ethik der Richter setzen. Rechtsbrecher müssen bestraft werden, aber doch nur die wirklich Schuldigen. Gerichte werden unter Druck gesetzt; Richter stehen vor schweren Problemen. Aber gewissenhafte Richter werden sicherlich keine falschen oder von Vorurteilen geprägten Urteile fällen.

Alles, was wir hier über die Charakteristika und die innere Logik einer zentralgesteuerten vertikalen Befehlsstruktur gesagt haben, kennt jeder, der das sozialistische System kennengelernt hat. Das Problem ist heute, daß sich das FIDESZ-Regime auf dem falschen Weg befindet. Ein rigider Zentralismus konnte in der Sowjetunion siebenzig Jahre und in Osteuropa vierzig Jahre lang mehr schlecht als recht funktionieren und fort dauern, aber nur deshalb, weil in diesem Territorium ein totalitäres sozialistisches System an der Macht war. Privatbesitz existierte kaum, der Marktmechanismus war ausgeschlossen und die sozialistische Welt von der kapitalistischen völlig getrennt. Heute ist die Lage anders. Wie kann das FIDESZ-Regime der offensichtlichen Tatsache ins Auge sehen, daß die Tendenz zum Zentralismus stärker geworden ist, ohne daß dies in einem sozialistischen Ambiente geschieht? Wie soll eine staatliche Kommandowirtschaft mit einer kapitalistischen Wirtschaft koexistieren?

Eine »Koexistenz« ohne Vertrauen

Es gibt keinen Hinweis, daß das Regime Orbán Vorbereitungen für eine umfassende Verstaatlichung oder Kollektivierung plant – das glauben nicht einmal seine ärgsten Feinde. Das Regime hat zur Kenntnis genommen, daß in Ungarn das Privateigentum vorherrschend ist. (Allerdings wird dessen Bedeutung in der neuen Verfassung nicht hervorgehoben, und die Pflicht des Staates, das Eigentum zu schützen, hat

man gleich weggelassen. (Tatsächlich wird der Begriff »Privateigentum« überhaupt nicht erwähnt – vielleicht eine Freud'sche Fehlleistung.)

Es gibt auf der ganzen Welt kein kapitalistisches Land, in dem staatlicher Zentralismus und die freie Marktwirtschaft nicht in irgendeiner Form koexistieren. Auch agiert die letztere keineswegs ohne Kontrollen, deren Aufhebung die sogenannten Neoliberalen angeblich fordern. (Tatsächlich hat kein ernst zu nehmender Nationalökonom dergleichen verlangt.) Überall gibt es bestimmte staatliche Kontrollen im wirtschaftlichen Bereich; sie greifen bis zu einem bestimmten Grad auch ein; sie stellen manche Dienstleistungen kostenlos zur Verfügung; sie ermöglichen ein gewisses Maß an Umverteilung. Und beeinflussen die Nachfrage durch Ankäufe. Ebenso gibt es natürlich auch überall Friktionen, Konflikte durch die vorhandene Koexistenz von Staat und Markt, vor allem dort, wo sie aufeinandertreffen. Die weltweite Finanzkrise hat in diesem Zusammenhang einige gefährliche Erscheinungen zutage gefördert. So sind, beispielsweise, einige Industriestaaten bei der Deregulierung ihrer Finanzmärkte zu weit gegangen, die Wiedereinführung der Regulierung zwecks Steigerung der Effizienz steht wieder auf der Tagesordnung.

Die Koexistenz von Staat und kapitalistischer Marktwirtschaft wird in den meisten Ländern weitgehend toleriert. In einigen Staaten hat dieser Zustand, trotz mancher Friktionen, durchaus positive Auswirkungen. Gleichzeitig dämpfen staatliche Interventionen die Folgen von Marktversagen und sorgen für eine bessere Einkommensverteilung. Andererseits bewirkt die Flexibilität der Märkte auch wirksame Korrekturen im Fall staatlicher Fehlentscheidungen. Allerdings widerlegen diese positiven Erscheinungen keineswegs die allgemeine Erkenntnis, daß Staat und Markt zwei einander fremd gegenüberstehende Organismen sind, deren Koexistenz keineswegs einfach ist.

Es wäre falsch zu meinen, daß die verschiedenen Aspekte der staatlichen Tätigkeit und die verschiedenen Aspekte des Marktgeschehens in ein wünschenswertes Verhältnis gebracht werden könnten, die von seiten des Staates in den vergangenen zwanzig Monaten getroffenen Maßnahmen schwankten auf merkwürdigerweise zwischen Elementen des Sozialismus und Elementen des Kapitalismus, zwischen Zentralismus und Flexibilität, zwischen staatlichem und marktwirtschaftlichem Handeln. Das Parlament hat schon in großer Eile mehr als ein Gesetz verabschiedet, das gefühlsmäßig aus einer Sicht, etwas »Sozialistisches« an sich hatte, während das nächste Gesetz etwas »Kapitalistisches« an sich zu haben schien. Das daraus resultierende System ist keineswegs ein besonderes »ungarisches Modell«, auf das wir stolz sein dürften, oder womit wir das Interesse einer staunenden Umwelt erwecken wollten. Das sozioökonomische Ambiente, indem wir derzeit leben, ist irgendwie zusammenhanglos und voller Widersprüche. Auch hat man sich keineswegs bemüht, die vorteilhaften Aspekte des Sozialismus und des Kapitalismus miteinander auszu-söhnen; man bedient sich eher der am wenigsten attraktiven Aspekte von beiden.

Angesichts dessen wollen wir nun der Reihe nach die Einzelheiten der seit zwanzig Monaten stattfindenden Entwicklung analysieren.

Man benützt jetzt harte Worte in bezug auf Bankiers, Spekulanten und Abenteurer – Begriffe, die man der gegenwärtig weltweit grassierenden Antipathie gegenüber dem Kapitalismus entnommen hat – vor allem, wenn man sich an eine größere heimische Öffentlichkeit wendet. Es naht sozusagen der Untergang des Abendlandes, andererseits gibt es genügend Fälle, in denen der Regierungschef oder ein Kabinetts-

mitglied mit ungarischen oder ausländischen Geschäftsleuten, Investoren oder prominenten Bankiers zusammentreffen und durchaus sachliche Gespräche führen. Wenn wir uns bloß an den Worten orientieren wollten, dann wäre es schwer auszumachen, ob das Regime ein Freund oder ein Feind des Kapitalismus ist. Bloße Worte könnte man ja noch tolerieren, aber es gab auch Taten, die für einen echten Anhänger des kapitalistischen Systems inakzeptabel sind. Es ist schon hundert Mal gesagt worden, aber die in dieser Hinsicht größte Diskrepanz ist die Tatsache, daß der Staat die aus privaten Ersparnissen aufgebauten Pensionskassen konfisziert hat. Die hilflosen Sparer wandten sich an den Verfassungsgerichtshof, um Schutz und um die Berücksichtigung ihrer Beschwerde, wurden aber von jenem im Stich gelassen. Diese schwerwiegende Verletzung ist nicht heilbar und hat vor allem das Vertrauen der Menschen in die Integrität der Legislative, der Exekutive und der Judikative untergraben, von denen sie den Schutz ihres Eigentums erwartet hatten, und nicht einen Zugriff auf ihr Eigentum.

Glücklicherweise ist es zu keinen massenhaften Verstaatlichungen gekommen. Trotzdem beobachtet man eine langsame, heimliche Ausweitung des staatlichen Sektors. Die erste kleine, aber beunruhigende Episode ereignete sich in Pécs, als ein neuer, der FIDESZ zugehöriger Bürgermeister, noch unter der vorigen Regierung, seine Sicherheitsleute beauftragte, die Verwalter des in französischem Besitz befindlichen Wasserwerks hinauszuwerfen und die Anlage zu übernehmen. Später kam es dazu, daß die Regierung mit rechtlich korrekten, aber wirtschaftlich sinnlosen Begründungen die Aktienmehrheit des riesigen Ölkonzerns MOL wieder aufkaufte, und zwar durch Aktienspekulation, wobei sie enorme Verluste erlitt. Später erwarb sie die Eigentumsrechte an der Fahrzeugfabrik Rába. Nationalökonomien rätseln noch heute darüber, was derartige Aktionen ausgelöst haben könnte.

Es ist allgemein bekannt, daß es in allen postsozialistischen Ländern nach dem Systemwechsel zu umfangreichen Privatisierungen gekommen ist, die durch rechtlich, wirtschaftlich und ethisch fragwürdige Methoden durchgeführt wurden. Sollte es sich jetzt herausstellen, daß das eine oder andere Geschäft illegal gewesen ist, könnte man noch immer eine Untersuchung in die Wege leiten. Allerdings würde das Vertrauen in die Heiligkeit des Privateigentums ernstlich beschädigt werden, wenn es zu einer Flut von *allgemeinen* Verdächtigungen kommen sollte, zwei Jahrzehnte nach dem Systemwechsel, und im Zuge einer umfassenden gerichtlichen Untersuchung sämtlicher Privatisierungen. Was sollte nun das Ziel dieser Durchforstung von Besitzrechten sein? »Zittert alle! Wir sind euch auf der Spur!« Ist das die Angst, welche die Regierung allen einjagen könnte, die irgendeinmal in den letzten zwanzig Jahren Eigentum erworben haben?

Es ist mit dem reibungslosen Funktionieren des kapitalistischen Systems nicht vereinbar, wenn der Staat als Käufer auftritt (manche meinen, als allergrößter Käufer), um gegen andere potentielle Verkäufer aufzutreten, und zwar nicht im Zusammenhang mit den geschäftlichen Konditionen, sondern aus politischen Gründen und im Hinblick auf persönliche Verbindungen. Man kennt allgemein die Unternehmen, die FIDESZ nahestehen (so wie jene, die einst »der Sozialistischen Partei nahestanden« oder dem »Bund der Freien Demokraten«).

Manchmal kann man die Diskriminierung sogar in der Gesetzgebung erkennen, wie etwa bei den Ausnahmebestimmungen in den »Krisensteuern«, die einigen heimischen Supermarktketten gewährt wurden. Auch vorhanden, aber schwerer zu ent-

decken ist Parteilichkeit in der Bewertung der Anbieter im Falle staatlicher Ankäufe. Weiter berichten investigative Reporter über das Vorhandensein von »Grauzonen« im wirtschaftlichen Hintergrund von FIDESZ, in denen man Unterstützung von politischer Seite erhält und als Gegenleistung gewissen Politikern Hilfe angeeignet läßt.

Eine der Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Einhaltung von privaten Verträgen. Der Staat, das Parlament und die Gerichte sind verpflichtet für die Einhaltung von Verträgen zu sorgen. Aber wie kann man darauf bauen, daß Privatverträge respektiert werden, wenn der Staat als Partner in vielen wichtigen Vertragsabschlüssen selber das schlechteste Beispiel ist? Als man mit der Einhebung von »Krisensteuern« begann, gab es im Zuge der diesbezüglichen Verhandlungen immer wieder neue Zusagen, die in der nächsten Phase der Verhandlungen gleich wieder gebrochen wurden.

Mit den Banken spielt man ein Spiel, indem man in der nächsten Verhandlungsrunde mit Tricks arbeitet. Nachdem sich die Lage wieder beruhigt und die Regierung erklärt, man gehe jetzt in die Schlußrunde, beginnt das Spiel von neuem. Das geschieht in mehreren Stufen, mit dem angeblichen Ziel einer »endgültigen Lösung« für jene Personen, die Fremdwährungskredite aufgenommen haben.

Die Frage der Fremdwährungskredite ist außerordentlich kompliziert und kann daher hier nicht behandelt werden. Wir wollen jedoch einen Aspekt herausheben. Um etwas Licht in die Sache zu bringen, wollen wir hier nur zwei exemplarische Fälle betrachten, obwohl es in der Praxis zahlreiche Möglichkeiten gibt, in denen eine Mischung von beiden Extremen enthalten sind.

Eine exemplarische Situation liegt dann vor, wenn ein Haushalt genötigt war, einen solchen Kredit zwecks Wohnungsrenovierung aufzunehmen: die Wohnungseigentümer konnten die äußerst komplizierten Kreditbedingungen kaum durchschauen. Sie bemühten sich bei der Rückzahlung, konnten es sich aber nicht mehr leisten, weil ihr Einkommen gesunken war, etwa deshalb, weil der Haushaltsvorstand seinen Job verloren hatte. In einem solchen Fall rechtfertigt der Grundsatz der Solidarität, daß die Gesellschaft der Familie hilft.

Der andere beispielhafte Fall liegt dann vor, wenn der Kreditnehmer gehofft hatte, durch den Ankauf einer Immobilie einen Gewinn zu erzielen. Die betreffende Person wußte sehr wohl, daß die Aufnahme eines Fremdwährungskredits ein Risiko beinhaltete. Es ist nicht gerechtfertigt, eine solche Person als »Spekulanten« zu bezeichnen, da derartige Transaktionen ein völlig normaler Aspekt einer kapitalistischen Marktwirtschaft sind. Ohne sie könnte sich der Wohnbausektor nicht entwickeln. Verläuft das Geschäft gut, steckt der Kreditnehmer den Gewinn ein. Im umgekehrten Fall hat der Kreditnehmer ein Problem. Mitleid ist hier nicht angebracht, und die betreffende Person hat keinen Anspruch auf nachträgliche Hilfe. Trotzdem ist man gerade in solchen Fällen von kommerziellen Geschäften den Investoren im Rahmen der letzten »Schlußbesprechung« zu Hilfe gekommen. Die Behörde zwang Banken, frühere Privatverträge auf eigene Kosten und retroaktiv zu ändern, und zwar zum Vorteil der Kreditnehmer.

Dieser Vorgang und ähnliche, aufgrund von nachträglichen behördlichen Interventionen erfolgten Vertragsänderungen haben zu einer schwerwiegenden Rechtsunsicherheit geführt. Das ist ein klassisches Beispiel für etwas, das wir in einer früheren Arbeit als eine »heimliche budgetäre Vorsichtsmaßnahme« bezeichnet haben. Wenn es heute zu massenweisen Rettungsaktionen zugunsten jener kommt, die sich

Es wäre sicherlich ein schlechter Vergleich, wollte man hier an ein amerikanisches *Football*-Spiel denken, sozusagen an zwei Mannschaften, die aufeinander zustürmen, wobei eine versucht, die Spieler des anderen Teams gnadenlos niederzuwerfen, um sich des Balls zu bemächtigen. Eine Seite des Kampfes der Regierung Orbán mit der kapitalistischen Marktwirtschaft, bestehend aus führenden Persönlichkeiten der Regierungspartei, ist kampfbereit. Aber wie sieht es auf der anderen Seite aus? Der ungarische Kapitalismus verfügt über keine Einheitspartei, kein Politbüro und keinen Generalstab. Es gibt keine Weltregierung, keine Zentralplanung analog zu *GOSPLAN*. Somit gibt es kein anderes »Team«, das den Gegner niederwerfen und den Ball an sich reißen könnte.

Hier wollen wir den Vergleich mit dem Sport verlassen. Ein Problem mit der Regierung ist ihre Neigung, die Situation als eine Art von Fußballspiel oder Boxkampf anzusehen. Aber wir wollen uns lieber der Sprache der Nationalökonomie und der Sozialwissenschaften bedienen. Einer der wichtigsten Aspekte des Kapitalismus ist der Umstand, daß er aus Millionen und Abermillionen einzelner Spieler besteht, wobei jeder Spieler Konkurrent aller anderen ist, die gleichzeitig mehr oder weniger gegeneinander antreten. Marx betrachtete dies abschätzig als die »Anarchie« des Marktes, als unregelmäßiges Zusammenwirken, und das ist in der Tat der Fall.

Der Markt hat seine eigene Kommunikationsform und Zeichensprache, die wissenschaftlich ausreichend erforscht wurde. Manche Informationen bestehen aus Preisindizes, andere aus quantitativen Indizes für Produktion, Investitionen und Kapitalströmen.

Und nun ein kurzer Blick auf einige Marktindikatoren:

Ein erheblicher Teil der ungarischen Staatsschulden besteht aus Staatsschuldverschreibungen. Zum Fälligkeitsdatum muß der Staat die geliehene Summe plus Zinsen zurückzahlen. Dann werden, zwecks Abdeckung der Rückzahlung, neue Obligationen aufgelegt. Wenn ein Staat seine Schuld nicht begleichen kann, ist er insolvent, er ist pleite, und die Investoren verlieren ihr Geld. Daher ist ein Ankauf von ungarischen Staatspapieren eine riskante Angelegenheit. Wie beurteilen die Käufer ungarischer Staatspapiere dieses Risiko? Die Antwort findet sich in verschiedenen Indikatoren, von denen zwei als Beispiel erwähnt werden sollen.

Ein Beispiel ist die Risikoversicherung. Die Investoren können sich auf eigene Kosten gegen das Risiko der Zahlungsunfähigkeit versichern. Je größer das Risiko, umso größer die Prämie. Die Risikoprämie der ungarischen Staatspapiere nimmt ständig zu. Als die FIDESZ-Regierung im Mai 2010 an die Macht kam, standen sie bei 250 Basispunkten. Im Oktober standen sie mehrmals über 550. Im Januar 2012 überschritten sie erstmals die Grenze von 700 Punkten.

Ein anderer wichtiger Indikator betrifft die Rendite der Staatspapiere mit zehnjähriger Laufzeit. Vor den allgemeinen Wahlen von 2010 rechnet man mit einer Rendite von sechs bis sieben Prozent p. a. Heutzutage sind prospektive Investoren nur dann bereit, ungarische Staatspapiere zu erwerben, wenn der Staat neun bis zehn Prozent p. a. anbietet. Das sind beispiellose Kosten. Das kann man sich nicht leisten angesichts einer Volkswirtschaft, die stagniert, oder möglicherweise schrumpft, die sich vielleicht eines Tages wieder erholen wird, aber in naher Zukunft vermutlich weiter-

in finanziellen Schwierigkeiten befinden, in die sie gerieten, weil sie sich große Profite erhofften, wird auf seiten von Unternehmern, Investoren, örtlichen Behörden oder einfachen Bürgern der Eindruck entstehen, daß man sich wegen der Risiken keine Sorgen zu machen braucht. Sie meinen, sie könnten problemlos Kredite in jeder gewünschten Höhe aufnehmen, da man ihnen im Falle von Schwierigkeiten aus der Patsche helfen würde. Auch wenn sie einen Vertrag unterschrieben hatten, was bedeutete schon eine kleine Unterschrift?

Die Einhaltung von Privatverträgen, sowie die Rechtssicherheit als solche wurden zusätzlich durch rechtlich unzulässige Gesetze verletzt, mit denen man zahlreiche Abfindungszahlungen für Angestellte retroaktiv beschlagnahmen konnte. Eigentümer sind für die Angelegenheiten ihrer Unternehmen verantwortlich. Sie haben sich an das geltende Recht des Staates zu halten, und sind damit souveräne Entscheidungsträger. Und doch verletzt diese Regierung immer wieder die Grundregeln des Kapitalmarktes. Die FIDESZ-Leute verkündeten, Privatfirmen seien verpflichtet, Angestellte zu entschädigen, die durch die Einführung der einheitlichen Einkommenssteuer Verluste erlitten hatten. Man entsendet sogenannte »Lohnprüfer« in die Unternehmen, die nachforschen, ob dem auch entsprochen wurde: Unternehmen, die diese Auflagen nicht erfüllt haben, erhalten keine staatliche Aufträge. Die Behörden befassen sich tatsächlich mit der Frage, welche Waren in einer Tankstelle verkauft werden dürfen und welche nicht, oder wie viele Apotheken oder Tabakläden es in einer Stadt geben dürfe. Der Staat interveniert per Gesetz, wenn es um die Errichtung von Einkaufszentren geht.

»Profit« ist in den Ohren marxistischer Propagandisten ein übles Wort, aber wer Volkswirtschaft studiert hat, weiß sehr wohl, daß Profit und Investitionen auf makroökonomischer Ebene eng verbunden sind.

Auf der »Mikroebene« finanzieren die meisten Unternehmen (einschließlich Banken) einen großen Teil ihrer Kapitalinvestitionen aus eigenen Profiten. Nur ein Teil dieser Profite gelangt zu den Eigentümern zur freien Verfügung. Je nach Wunsch können sie diese Mittel für den Konsum oder für persönliche Kapitalinvestitionen nutzen. Aber wenn der Staat auf Unternehmensgewinne zugreift, ist das ein schwerer Eingriff in den Investitionsbereich. In den roten Zahlen befindliche Unternehmen werden versuchen, sich durchzuwursteln, in erster Linie durch Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit, wobei viele von ihnen trotzdem früher oder später den Konkurs anmelden müssen. Man kann außergewöhnlich hohe »Krisenabgaben« nicht als lobenswerte »unorthodoxe« Methoden zur Entlastung der Staatsbürger bezeichnen, die von der Genialität der Regierung zeugten, denn wenn Gewinnstreben der Unternehmen und Banken ernstlich gefährdet, dann schwindet auch die letzte Hoffnung, die für ein dauerhaftes Wachstum erforderlichen Mittel aufzutreiben. Es ist sinnlos, wenn Propagandisten verkünden, das wichtigste Ziel der Regierung sei die Steigerung des Wirtschaftswachstums, wenn ihre Taten die Möglichkeit von Investitionen aus den Gewinnen drastisch reduzieren.

Hier wird die friedliche Koexistenz von Staat und Markt fast unmöglich. Der Staat versucht, die Privatwirtschaft unter Kuratel zu stellen, insbesondere ihr Lebensblut, den Finanzsektor. Die auf Zentralismus beruhende Staatspyramide hält sich für allmächtig, und versucht mit allen Mitteln zu diktieren, während der sie umgebende freie Markt über keine dementsprechenden kollektiven Verteidigungsmittel verfügt. Dennoch reagiert er. Im folgenden wird aufgezeigt, auf welche Art und Weise.

hin stagnieren wird. Wenn die ungarischen Finanzexperten darauf mit der Ausgabe weiterer Obligationen reagieren, dann werden sie in eine Schuldenspirale geraten oder einen veritablen Schuldenunami erleben.

Angesichts amtlicher Verlautbarungen ist sich die Regierung offenbar noch immer nicht im klaren, daß die in- und ausländischen fachkundigen Investoren normalerweise nicht mit ihrem eigenen Geld »spekulieren«. Die meisten arbeiten mit den Geldern von Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds und Investitionsbanken, die ihrerseits die Ersparnisse von Privatleuten verwalten. Die richten sich nach den Meinungen und Ratschlägen von Analysten und Rating-Agenturen. Manche Investoren sind zum Schutz ihrer Anleger aus Versicherungen und Pensionsfonds *verpflichtet*, keine Schrottpapiere zu erwerben.

Man braucht keine Zeit mit Polemiken gegen sie oder die Analysten, oder die Rating-Agenturen zu verschwenden. Auch wenn sie sich gelegentlich irren mögen, so ist das, was sie tun und was sie beschließen, wirtschaftliche *Realität*.

Es besteht ein starker wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen den Kursbewegungen auf dem Markt für eigenständige Papiere und den Wechselkursen. Ausländer, die solche Papiere mit Forint erworben haben, beeilen sich, diese Forint gegen Euro oder eine andere Währung umzutauschen. Angesichts der starken Fluktuationen wird die Tendenz klar: der Forint hat gegenüber allen anderen Währungen deutlich an Wert verloren.

Albert Hirschman verweist in seinem hervorragenden Buch *Exit, Voice and Loyalty* auf eine wunderbare Eigenschaft des Marktes: man braucht überhaupt nichts zu sagen, man braucht nicht zu protestieren, zu drohen oder zu schreien, es genügt, aus dem Markt auszuschneiden.

Wenn die mit der Vermarktung der ungarischen Staatsschuld beauftragte Stelle die Auktion einer neuen Staatschuldverschreibung verkündet (was bereits mehrmals geschehen ist), dann stellt sich heraus, daß Investoren, die früher gerne ungarische Staatspapiere gekauft hatten, sich stillschweigend aus dem Staub gemacht haben. Regierungssprecher schrecken die Bevölkerung mit der Aussage, sie würden schon herausfinden, wer den Forint in Verruf bringt und die Verbreiter solcher Gerüchte bestrafen. Indessen wird dies die Flucht von Anlegern aus den ungarischen Banken in ausländische nicht stoppen, was gleichzeitig die für echte Investitionen in Ungarn zur Verfügung stehenden Mittel verringert.

Noch deutlichere Zeichen der Abwanderung erkennt man in den Statistiken über Kreditvergabe und Investitionstrends. Das eigentliche Problem ist hier nicht nur, wie man das ungarische Budgetdefizit *kurzfristig* finanzieren könne, sondern die *langfristigen* Wachstumschancen.

Es gibt viele Umstände, welche die Kreditmöglichkeiten beeinflussen. Einer davon ist die größere Steuerbelastung der Banken. Auffallend ist der Rückgang der Kreditvergabe an Unternehmen.

Lange Zeit wurde die ungarische Wirtschaft durch den Kapitalzustrom in Form ausländischer Direktinvestitionen beflügelt. Das funktionierte jahrelang im Umfang von drei bis zehn Prozent des BIP. Für das gesamte Jahr 2011 gibt es noch keine Zahlen, aber die Ergebnisse der ersten drei Quartale waren entmutigend: sie waren erstmals negativ. Mit anderen Worten, mehr Kapital war ins Ausland abgeflossen als hereingekommen war. Das war in der Tat ein alarmierendes Zeichen einer stillen Kapitalflucht.

Noch eine wichtige Zahl: die Investitionen in wettbewerbsorientierte Bereiche stagnieren ebenfalls. In den ersten drei Quartalen 2011 entsprach das Investitionsvolumen jenes des gleichen Vorjahreszeitraums.

Der Ablauf von Ursache und Wirkung, von Impuls und Reaktion, ist offensichtlich. Das Vertrauen der Geschäftswelt ist durch die Launenhaftigkeit und Unvorhersehbarkeit der ungarischen Wirtschaftspolitik, der Rechtsunsicherheit und der wiederholten Verletzung der Regeln der kapitalistischen Marktwirtschaft untergraben worden. Der damit verbundene Vertrauensverlust der finanziellen Grundvoraussetzungen für ein normales Funktionieren der ungarischen Volkswirtschaft sowie der Aussichten auf ein langfristiges Wirtschaftswachstum.

Damit kommen wir zum Schluß. Die Regierung Orbán hat ihr wirkliches Ziel erreicht: sie hat rücksichtslos die Macht an sich gerissen. Durch die Stärkung des Zentralismus und die Ausweitung der Staatsmacht verfügt sie nun über die Mittel zur schrankenlosen Machtausübung. Allerdings ist eine autokratische Herrschaft mit uneingeschränktem Zentralismus und exzessiver Ausweitung der staatlichen Eingriffe unvereinbar mit dem reibungslosen Funktionieren einer modernen kapitalistischen Marktwirtschaft. Verfolgt man den *aufgezeigten* Weg weiter, dann wird es nicht möglich sein, die ungarische Wirtschaft aus dieser Falle zu befreien, heraus aus der Stagnation und auf den Weg eines nachhaltigen Wachstums. Darunter werden wir alle zu leiden haben, die heutige Generation ebenso wie künftige.